



Programm für den Kreis **Warendorf**

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



INHALTSVERZEICHNIS

Wahlprogramm 2014 - Kreis Warendorf

Einführung	6
Unser Leitbild für den Kreis Warendorf	6
Das Münsterland als Region Europas	7
Wirtschaft & Arbeit	8
Die Unternehmenslandschaft im Kreis weiterentwickeln	8
Ökologische Herausforderungen der Unternehmen	8
Solidarische Ökonomie stärken	10
Landwirtschaft verantwortungsvoll gestalten	10
Die große Chance: Energiemodellregion Münsterland	11
Solide kommunale Finanzen / Bürgerhaushalt	13
Bildung & Wissenschaft	14
Kinder sind unsere Zukunft	14
Chancengerechtigkeit im Bildungssystem	15
Kreiseigene Schulen im Sekundarbereich 1: Förderschulen	16
Kreiseigene Schulen im Sekundarbereich 2: Berufskollegs	17
Kooperation mit Fachhochschulen und Hochschulen	18
Angebote des Kommunalen Integrationszentrums stärken unsere Schulen	18
Familienfreundlichkeit & Lebensqualität	18
Inklusion als Querschnittsaufgabe	18
Die Gesellschaft zusammenhalten – Grüne Sozialpolitik	19
Frauen – und Gleichstellungspolitik	20
Dem demographischen Wandel bedarfsgerecht begegnen	21
Queer auf dem Lande	22

Musik, Kultur und Museumslandschaft.....	23
Transparenz und Bürgerbeteiligung.....	24
Das Ehrenamt stärken	25
Humane Flüchtlingspolitik verwirklichen	26
Integration weiter entwickeln	26
Aktiv gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	27

Umwelt- & Klimaschutz.....	28
Klimaschutz als themenübergreifender Komplex.....	28
Nein zu Fracking und damit nein zu unkonventioneller Erdgasförderung.....	28
Grüne Mobilität – umweltverträglich, barrierefrei und sozial.....	29
Den öffentlichen Nahverkehr verbessern	31
Straßennetz: Erhalt vor Neubau	32
FMO-Engagement begrenzen	33
Nahmobilität verbessern	33
Unsere Lebensgrundlage schützen	34
Vorbildfunktion bei der Abfallwirtschaft übernehmen	35



Unsere Kandidat*innen auf den ersten sechs Listenplätzen: Uli Schlösser, Ursula Mindermann, Bernhard Drestomark, Valeska Grap, Raphaela Blümer, Ingrid Homan de Palma

EINFÜHRUNG

Unser Leitbild für den Kreis Warendorf

Der Kreis Warendorf – Das ist für uns Grüne mehr als die Verwaltungsstruktur zwischen seinen 13 Städten und Gemeinden und der Bezirksregierung Münster. Für uns ist er Heimat und Chance seiner fast 275.000 Bürgerinnen und Bürger und aller Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir wollen den Kreis mit klaren Leitbildern im Sinne seiner Bevölkerung weiterentwickeln: Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit, Toleranz und lebendige Demokratie sind auch hier die Werte, denen wir uns im politischen Handeln verschrieben haben.

Die Zukunft des Kreises zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten – das ist unser Anspruch. Das Kreisentwicklungsprogramm 2030 hat es geschafft, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern neue Denkweisen zu neuen Problemen aufzuzeigen. Das ist der Grund, warum die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Idee bis hin zur Verabschiedung unterstützt hat.

Das Kreisentwicklungsprogramm zeigt uns, maßgeschneidert für den Kreis Warendorf, die unterschiedlichen Handlungsebenen auf. In vielen Bereichen zeigt es Tendenzen, die aus den Forderungen unserer dreißigjährigen Grünen Geschichte stammen. Wir freuen uns mit den Bürgerinnen und Bürgern, dass sich gute und wichtige Gedanken z.B. in Fragen der Abfallwirtschaft, der Energiepolitik, der Schulpolitik und der Naturschutzpolitik durchgesetzt haben. Dadurch wird erneut deutlich, dass es nicht nur Aufgabe der Grünen Partei ist, alle Dinge in Regierungsverantwortung selbst zu machen. Wir können unseren Zielen auch näher kommen, wenn wir im Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern Überzeugungsarbeit leisten.

Für uns ist es daher wichtig, dass der Prozess des Kreisentwicklungsprogramms kein einmaliges Experiment bleibt, auch wenn wir Zweifel hinsichtlich der Repräsentativität einzelner Beteiligungsmethoden, als auch bezüglich der Inhalte des Kreisentwicklungsprogramms auf deutliche Art und Weise artikuliert haben. Bei der Durchführung weiterer Erhebungen wünschen wir uns daher eine repräsentative Vorgehensweise. Wir wollen Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung zum Selbstverständnis der Politik im Kreis Warendorf machen!

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir an vielen Stellen Einspruch eingelegt. Manche Ziele und Instrumente reichen uns nicht aus, andere haben gar keinen Einzug in das Kreisentwicklungsprogramm gefunden. Das gilt es in den kommenden sechs Jahren im Kreistag zu korrigieren. Dieses inhaltliche Angebot möchten wir Euch und Ihnen in diesem Programm vorstellen. Die grobe Gliederung des Kreisentwicklungsprogramms mit seinen vier

Themenfeldern findet sich daher auch in unserem Programm wieder – jedoch mit unseren Schwerpunkten, Akzenten und bisher nicht berücksichtigten Aspekten. Die Gliederung unseres Programms ist daher nicht als unsere politische Schwerpunktsetzung zu verstehen. So sehen wir insbesondere die Umwelt- und Klimapolitik als eine Querschnittsaufgabe durch alle Themenbereiche.

Das Münsterland als Region Europas

Für uns Grüne im Kreis Warendorf endet der politische Horizont nicht an der Kreisgrenze. Wir sehen den Kreis Warendorf als Teil des Münsterlands. Das Münsterland als Region Europas mit seiner typischen Parklandschaft und seinem Naturreichtum bietet eine hohe Lebensqualität. Die starke mittelständische Wirtschaft und die hohe Dichte an Bildungsangeboten sind Garanten für seine ökonomische Zukunftsfähigkeit. Die historisch gewachsene kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt bietet den Menschen, die hier wohnen, arbeiten und lernen, Lebenskonzepte mit einem hohen Identifikationswert. Dabei spielen der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Verantwortung für unseren lebendigen und zukunftsfähigen Lebensraum eine große Rolle.

Wir Grüne denken das Münsterland als Ganzes. Wir wollen die gewachsenen Qualitäten bewahren, sie mit Offenheit weiter entwickeln und nachhaltig sichern. Die Grünen im Münsterland arbeiten daher eng zusammen und sorgen gemeinsam dafür, dass die speziellen Interessen des Münsterlandes in Düsseldorf, Berlin und Brüssel Gehör finden. So wollen wir beispielsweise das Münsterland zu einer Modellregion für Erneuerbare Energien machen. Wir setzen uns ein für bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarfabriken und Massentierhaltung. Wir entwickeln Strategien zur Stärkung von umweltfreundlicher Mobilität und bedarfsge-rechter Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Unsere Wirtschafts- und Ausbildungsregion wollen wir nachhaltig und inklusiv weiter entwickeln. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften wird in Zukunft auch im Münsterland bemerkbar sein. Neben der Förderung betriebsinterner Fort- und Ausbildungen soll auch der Zuzug von Fachkräften beworben werden. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer Willkommenskultur zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften.

Die Unternehmenslandschaft im Kreis weiterentwickeln

Die wirtschaftliche Struktur des Kreises Warendorf zeichnet sich durch ein starkes Rückgrat aus kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus. Diese vom Mittelstand geprägte Wirtschaftsstruktur halten wir für gesund und förderungswert. Deswegen müssen wir gemeinsam mit allen Beteiligten im Kreis Warendorf die Forderungen nach Liberalisierung der Märkte und selbstverpflichtenden Absprachen ganzer Bereiche kritisch hinterfragen.

Mit grüner Wirtschaftspolitik können Gewinne erwirtschaftet werden, allerdings mit Verantwortung für das soziale Miteinander, mit ökologischen Leitlinien und im fairen Wettbewerb. Grundsätze ökologischer und sozialer Marktwirtschaft möchten wir Grüne durchgängig von Europa bis in den Kreis Warendorf und über alle Produkte und Dienstleistungen vorantreiben. Wir werden alle unsere Einflussmöglichkeiten auf diese Prinzipien ausrichten. Damit vereinbar sehen wir auch wichtige Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, wie einen beschleunigten Ausbau der Breitbandversorgung und dem Ausbau eines Willkommensservices für Fachkräfte im Kreis Warendorf und einige andere zentrale Projekte des Kreisentwicklungsplans, die wir vorantreiben wollen.

Besondere Aufmerksamkeit richten wir zudem auf die Arbeitslosigkeit im Kreis Warendorf. Auch wenn diese im Bundesvergleich gering erscheint, sind die über 8.500 Arbeitslosen im Kreis Warendorf eine politische Herausforderung. Insbesondere Jugendarbeitslosigkeit ist ein schwerwiegendes Problem. Soziale Ausgrenzung und gesundheitliche Belastung sind die Folgen. Ebenso relevant sind aber auch die vergleichsweise niedrige Frauen-, sowie eine niedrige Ausländererwerbsquote im Kreis Warendorf. Hier wollen wir, wo es auf Kreisebene möglich ist, mit moderner Frauen-, Familien- und Integrationspolitik gegensteuern. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist deshalb eine drängende, wirtschaftliche und soziale Herausforderung, der wir uns in den nächsten sechs Jahren stellen werden.

Das gilt auch für diejenigen Menschen, die nicht in Arbeit sind und die aufgrund ihrer körperlichen, geistigen und motorischen Konstitution nicht in der Lage sind, an unserer aktuellen Arbeitswelt teilzuhaben. Der Kreis muss die Inklusion in der Arbeitswelt aktiv unterstützen, einfordern und fördern. Das bedeutet auch ein Umdenken in den Unternehmen. Für eine gelungene Inklusion müssen sich alle gesellschaftlichen Institutionen auf die verschiedenen Bedürfnisse unserer bunten Bevölkerung einstellen. Darüber hinaus möchten wir berufstätige Frauen, Mütter und Berufsrückkehrerinnen gezielt fördern. Hierzu gehört neben der Wiedereingliederung in den Beruf auch die Kontaktpflege während einer Famili-

enphase. Die Umwandlung von 450 Euro Jobs in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten soll vorangetrieben werden.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *in Kooperation mit Verwaltung und Unternehmer*innen ein Konzept erstellen, um eine stärkere Bindung von vorhandenen und den Zuzug von neuen, qualifizierten Mitarbeiter*innen zu erlangen*
- *die Arbeit der verschiedenen Arbeitsloseninitiativen, wie der "Horizonte e.V."; im Kreis Warendorf weiterhin stärken und unterstützen.*

Ökologische Herausforderungen der Unternehmen

Wir wollen, dass unsere gesamte Wertschöpfung auf einen hohen, ökologisch vertretbaren Standard ausgerichtet wird. Die Transformierung unserer Wirtschaft hin zu einer Wirtschaft, die weitestgehend unabhängig von fossilen Rohstoffen und im Einklang mit ökologischen Prinzipien funktioniert, ist die zentrale wirtschaftspolitische und unternehmerische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Diese Transformierung ist nicht nur im Interesse der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlage. Sie ist auch ureigenes Interesse der Unternehmerinnen und Unternehmer, die auch in den kommenden Zeiten knapper werdender Rohstoffe und strengeren Emissionsgrenzen eine wirtschaftliche Zukunft suchen. Wir wollen die Industrie, das Gewerbe und die Dienstleister*innen intensiv bei diesem Transformationsprozess unterstützen.

Insbesondere für den im Kreis Warendorf starken Maschinen- und Anlagenbau, aber auch in der Metallverarbeitung und der Herstellung von Kunststoffwaren gibt es besonders große Chancen und Herausforderungen durch die ökologische Transformation. Nur mit einer zukunftsfähigen Ausrichtung bleibt unsere Unternehmenslandschaft auch langfristig tragfähig. Das ist eine Herausforderung für den gesamten Produktionsprozess. Die unternehmerische Verantwortung darf dabei nicht hinter der eigenen Produktionshalle enden. Auch vorgelegte und nachgelagerte Produktionsschritte in einer Produktionskette fallen in den unternehmerischen Verantwortungsbereich. Das Leitbild kann dabei nur eine möglichst geschlossene Kreislaufwirtschaft sein.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises stärker auf die Förderung ökologisch innovativer Prozesse und Produkte ausrichten.*
- *die Unternehmerinnen und Unternehmer des Kreises zum Dialog einladen, um gemeinsam erste Schritte zur ökologischen Transformation der Wirtschaft zu gehen.*

Solidarische Ökonomie stärken

Auf einem endlichen Planeten können wir nicht unendlich wachsen. Das stete Streben nach wirtschaftlichem Wachstum hat seine natürlichen Grenzen schon jetzt in Sichtweite. Dieses Erkenntnis prägt die Grüne Partei schon in ihrer Entstehungsgeschichte. Und auch den bedeutenden Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wird ein entsprechender Bewusstseinswandel bevorstehen. Dieser Herausforderung wollen wir auf verschiedensten Feldern begegnen. In der Wirtschaftspolitik bedeutet das für uns neben der Unterstützung der ökologischen Transformation auch eine Stärkung der solidarischen Ökonomie. Wenn Menschen sich zusammenfinden, um beispielsweise in Genossenschaften gemeinsam zu produzieren und zu konsumieren, unterstützen wir das ausdrücklich. Solidarische Ökonomie stärkt regionale Zusammenhänge und Wirtschaftskreisläufe, ist unabhängiger von globalen Krisen und nicht alleine dem Gewinnziel verschrieben.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *eine Übersicht über genossenschaftliche und andere solidarische Wirtschaftsaktivitäten im Kreis Warendorf erstellen und bei der regionalen Vernetzung behilflich sein.*
- *solidarwirtschaftliche Initiativen mit allen Hebeln der Kreispolitik unterstützen.*

Landwirtschaft verantwortungsvoll gestalten

Wir Grüne setzen auf eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, bei der eine artgerechte Tierhaltung, sowie eine umweltgerechte und vielfältige Landbewirtschaftung im Vordergrund stehen. Die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft sehen wir daher kritisch. Diese Agroindustrie ist Verursacher und Teil zahlreicher Umweltprobleme. Mit zunehmender Massentierhaltung werden Grenzwerte ausgereizt, die für Mensch und Natur gefährliche Ausmaße erreicht haben. Wir benutzen den Begriff der Massentierhaltung dann, wenn aufgrund der Massenansammlung von Nutztieren auf sehr engem Raum, eine Haltung ohne vorbeugenden Einsatz von Antibiotika, Hormonen und anderen kollektiv eingesetzten Medikamenten nicht machbar oder ökonomisch nicht sinnvoll ist.

Die geprüfte Antibiotika-Studie des Landesamtes für Natur- und Verbraucherschutz NRW aus dem Jahr 2011 zeigt erstmals das Ausmaß des Einsatzes von Antibiotika in der Hähnchenmast. Das Ergebnis zeigt, dass 9 von 10 Masthähnchen mit Antibiotika behandelt werden. Hier liegt eine der Ursachen für Probleme in der Humanmedizin, die sich immer häufiger mit gefährlichen, multiresistenten Keimen auseinandersetzen muss.

Für grundsätzliche Veränderungen bedarf es Reformen auf Bundes- und europäischer Ebene. Bei der Kontrolle der bestehenden Bestimmungen können wir aber auch auf Kreisebe-

ne ansetzen. Wir Grüne fordern daher eine verbesserte Kontrolle der Massentierhaltungsbestände mit dem Ziel, verschiedene Fehlentwicklungen abzustellen. Dazu passt nicht, dass der Landrat das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt unmittelbar neben dem Gebäude des Landwirtschaftsverbandes unterbringt.

Darüber hinaus unterstützen wir eine regionale Vermarktung von Nahrungsmitteln und ermuntern die Kommunen im Kreis Warendorf, regionale Märkte für Bioprodukte aus der Region einzurichten, um den Absatz zu beleben. Mit diesen Maßnahmen wollen wir auch die berühmte Münsterländer Parklandschaft schützen bzw. in einem gewissen Rahmen wiederherstellen.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die regionale Vermarktung für Produkte aus bäuerlicher Landwirtschaft unterstützen.*
- *die Kontrolle der Massentierhaltungsbestände verbessern und insbesondere die räumliche Unterbringung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes in der Nähe des Landwirtschaftsverbandes verhindern.*

Die große Chance: Energiemodellregion Münsterland

Die größte Herausforderung, die wir bei der Transformation unserer Wirtschaft angehen müssen, ist der Wandel unserer Energieversorgung: die Energiewende. Unser Ziel über alle Ebenen ist klar: Wir brauchen eine Energieversorgung, welche mit unserem natürlichen Ökosystem verträglich ist. Im Mittelpunkt unserer Energiepolitik steht daher eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und die Schonung fossiler Energieträger. Dies ist durch verschiedene Maßnahmen, wie der Verringerung des Anteils der fossilen Energieträger am Energiemix, durch Energieeinsparung und den Ausbau regenerativer Energieträger möglich.

Im Bereich der Energieeinsparung und Energieeffizienz unterstützen wir die beschrittenen Wege bei der Immobilienverwaltung des Kreises Warendorf und möchten diese Aktivitäten verstärkt weiterführen. Die Teilnahme des Kreises an der Initiative ÖKOPROFIT mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bei der letzten Auszeichnung haben 12 Betriebe teilgenommen.

Auch im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sehen wir enormes Potential. Wir Grüne wollen, dass der Kreis Warendorf mittelfristig für seinen Energiebedarf autark wird. Energieautarkie bedeutet für uns, dass die Energieerzeugung zu 100% aus regenerativen Energiequellen kommt. Auf diesem Wege erreichen wir eine krisensichere und von teuren Importen unabhängige Energieversorgung. Entwicklung, Produktion, Bau und Instandhaltung der Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien schaffen zahlreiche Arbeitsplätze im

Kreis, schonen die Ressourcen und das Klima. Die von den Menschen im Kreis aufzubringenden Energiekosten sollen immer mehr als Wertschöpfung im Kreis bleiben und weniger an internationale Konzerne und Unternehmen fließen, die sich nicht der Energiewende verpflichtet fühlen.

Deswegen wollen wir die vielen, teilweise sehr erfolgreichen Einzelprojekte zur Energieeinsparung, zur Energieeffizienz-Steigerung, zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz verstetigen und zu einem dauerhaften Gesamtkonzept zusammenbinden. Die Grünen werden darauf hinwirken, dass alle Kreistagsbeschlüsse die globalen Klimaziele beachten. Dies gilt vor allem für das Beschaffungswesen (vom Papier über Strom bis zum Fahrzeugpark) und die Gebäudesanierung.

Wir fordern ein Amt, das die verschiedenen Beratungsleistungen und kreiseigenen Anstrengungen bündelt, mit der regionalen Wirtschaft kooperiert und sich als Amt mit Schnittmenen zu allen weiteren Dezernaten versteht. Dies wäre der zentrale Motor eines ökologisch nachhaltigen Kreises Warendorf. Der Projektvielfalt eines solchen Amtes sind nahezu keine Grenzen gesetzt. Neben den angesprochenen Beratungsleistungen zu solidarischer Ökonomie, zur ökologischen Transformation der kreisansässigen Betriebe, zur Koordination der Vermarktung regionaler Landwirtschaftsprodukte und Beratungsleistungen zur Investition in erneuerbare Energien, streben wir zum Beispiel eine flächendeckende Potentialanalyse zum Ausbau der verschiedenen Formen der erneuerbaren Energien an.

In Kooperation mit dem Kreis Steinfurt, sowie der Stadt Münster und den anderen Münsterlandkreisen wollen wir so die Energiemodellregion Münsterland ins Leben rufen. Die Klimaschutzanstrengungen in der gesamten Region wollen wir zum Motor eines wachsenden Wirtschaftszweiges machen, von dem alle profitieren. Auch sehen wir die Chance, unserer Region mit der Energiemodellregion Münsterland ein neues, familienfreundlicheres und moderneres Image zu geben – und so insbesondere attraktiver für junge Fachkräfte zu werden.

Eine hervorragende Möglichkeit hierfür stellt die „Klima-Expo 2022“ des Landes NRW dar. Hier hat das Münsterland die Chance, sich als die führende Region des Klimaschutzes in NRW darzustellen, die sie aufgrund ihrer naturräumlichen Voraussetzungen, ihrer Wirtschaft und vor allem dank des Engagements ihrer Bürgerinnen und Bürger sein kann. Die kommunale Familie muss sich für eine gemeinschaftliche, optimale Wahrung dieser großen Chance einsetzen und dabei vor allem die gesellschaftlichen Akteure des Klimaschutzes in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft verantwortlich einbeziehen. Geeignetes Instrument kann eine Regionalstelle Münsterland für Klimaschutz sein, die vom Kreis mitzufinanzieren wäre.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die verschiedenen Beratungsleistungen und eigenständigen Klimaschutzanstrengungen des Kreises bündeln, ausbauen und die ersten Schritte zur Schaffung eines Amtes für Klimaschutz und Nachhaltigkeit gehen.*
- *zusammen mit den anderen Münsterlandkreisen und der Stadt Münster die Energiemodellregion Münsterland ins Leben rufen und mit Leben füllen.*

Solide kommunale Finanzen / Bürgerhaushalt

Wir wollen einen soliden Kreishaushalt. Wesentliche Teile des Kreishaushaltes werden über eine Umlage bei den Kommunen refinanziert. Diese Umlagen stehen den Kommunen nicht mehr zur Verfügung. Eine solide Finanzpolitik im Kreis ist daher überaus bedeutend für die finanzielle Situation der einzelnen Kommunen.

Die Höhe der Verbindlichkeiten des Kreises hatte im Jahr 2006 mit 37 Mio. € einen Höchststand erreicht. Im Laufe der Jahre wurde der Kreditbetrag mit jährlich ein bis zwei Mio. € abgetragen. Zum Ende des Jahres 2014 wird der Kreis Verbindlichkeiten in einem Umfang von 24 Mio. € haben. Das senkt die Zinsbelastung für den Kreis und kommt den Kommunen in Form einer geringeren Umlage zugute.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die finanziellen Chancen und Probleme des Kreises nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt sind. So wurden die Rahmenbedingungen durch immer neue Aufgabenübertragungen durch Bund und Land an die Kommunen ohne entsprechende Finanzierung und durch die wachsenden Ausgaben vor allem bei den sozialen Leistungen in den letzten Jahren verschlechtert. Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Ländern und Bund ist deshalb unumgänglich. So fordern wir die Aufhebung des Verbotes der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen im Bildungsbereich. Wir halten es außerdem für wichtig, dass der Bund seine Verantwortung im Bereich der Eingliederung behinderter Menschen durch ein finanzielles Engagement übernimmt und dass der Bund einen höheren Anteil bei den Kosten der Unterkunft für Erwerbslose übernimmt.

Selbstverständlich wollen wir aber auch weitere eigene Anstrengungen zur Verbesserung der Finanzsituation unternehmen. Finanzpolitisch dürfen wir uns nicht auf Kosten der einzelnen Kommunen verhalten und auch nicht nur untätig auf Reformen im Bund warten. Um hier die richtigen Prioritäten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu setzen, wollen wir auch im Kreis Warendorf einen Bürgerhaushalt einführen, wie er schon in anderen Landkreisen, kreisfreien Städten und auch in einzelnen Kommunen des Kreises Warendorf praktiziert wird. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger in eigener Initiative mit der Prioritätenset-

zung in der Finanzpolitik auseinandersetzen können, erhöht das nicht nur die Akzeptanz der Entscheidungen, es verbessert auch die tatsächlichen Ergebnisse!

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Finanzpolitik des Kreises auf einem stabilen Weg halten und mit dem Kreis Warendorf für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Ländern und Bund eintreten.*
- *einen Bürgerhaushalt für den Kreishaushalt einführen.*

BILDUNG & WISSENSCHAFT

Kinder sind unsere Zukunft

Der Kreis Warendorf beschäftigt sich mit vielen sozialen Themen, die die Bürgerinnen und Bürger im Kreis betreffen. Das fängt bereits mit den Jüngsten bei der Kindertagesstättenbedarfsplanung an, führt z.B. über die Familienzentren und endet mit dem Altenhilfeplan. In diesem Bereich gibt es einige Pflichtaufgaben, aber auch Aufgaben, die der Kreis Warendorf freiwillig leistet.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien bietet immer häufiger frühe Hilfen zur Unterstützung in der Erziehung an. Ein Frühwarnsystem gegen Kindeswohlgefährdung wurde eingesetzt. Der Kreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, dass kein Kind durch das Raster seiner Hilfen fallen darf. Diesen Kurs unterstützen auch wir. Für uns gilt darüber hinaus, weitere Präventionsprogramme zu aktuellen Themen zu entwickeln und in Projekten durchzuführen.

Wir Grüne im Kreis Warendorf halten alle Maßnahmen für Jugendliche und Kinder für Investitionen in die Zukunft und damit für dringend notwendig. Nicht zuletzt auf Grund des demographischen Wandels können wir uns nicht erlauben, Kinder in ihrer Bildungsbiographie aus den Augen zu verlieren.

Immer mehr Kinder leben in Familien mit nur einem Kind, oder mit nur einem Elternteil. Für uns Grüne im Kreis Warendorf sind Familien überall, wo Menschen verbindlich Verantwortung füreinander übernehmen. Das gilt insbesondere dort, wo Kinder sind. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen steht immer das Kind. Vor diesem Hintergrund ist die Verbesserung der Struktur der Tageseinrichtungen ein kontinuierlicher und wichtiger Prozess. Gerade für die Sozialisation von Jungen ist der Einsatz von männlichen Erziehern in Kindertageseinrichtung notwendig. Um mehr männliche Erzieher für den Beruf zu gewinnen und Träger zu überzeugen, diese Männer einzustellen, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Kreis ein

langfristiges Förderprogramm ausschreibt.

Ein für uns Grüne besonders wichtiger Punkt der Arbeit in Kindertageseinrichtungen ist der Bereich Sprache. Wir Grüne streben an, die bestehenden Verfahren zur Feststellung und Förderung, die auf Ebene des Kreisjugendamtes angesiedelt sind, weiter zu entwickeln und auszubauen. Auch die Bildungsdokumentationen der einzelnen Kindertageseinrichtungen wollen wir kreisweit vereinheitlichen, um beim Übergang zur Grundschule eine problemlose Übernahme zu gewährleisten. Das Kreisjugendamt hat hier die Prozesse zu steuern.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *ein Förderprogramm für die Einstellung männlicher Erzieher in Kindertageseinrichtungen aufsetzen.*
- *die bestehenden Verfahren zur Sprachförderung bündeln und diese damit durchgehend und flächendeckend sicherstellen.*

Chancengerechtigkeit im Bildungssystem

Für uns Grüne steht fest: Bildung darf nicht länger vom sozioökonomischen Status der Eltern abhängig sein! Ebenso wenig dürfen Herkunft, Handicap, Religion oder sexuelle Identität der Bildungslaufbahn eines Kindes im Wege stehen. Wir fordern darüber hinaus einen Paradigmenwechsel: Wir verstehen uns als eine Gesellschaft der Vielfalt. Alle Menschen sind unterschiedlich. Unser breiter Inklusionsbegriff schließt alle gesellschaftlichen Gruppen ein: Weder Menschen, die in unserer Gesellschaft auf körperliche oder mentale Barrieren stoßen, noch kulturelle oder finanzielle Unterschiede dürfen einzelne Gruppen von der Teilhabe ausschließen. Die Anerkennung und Wertschätzung der Diversität ermöglicht es, auch im Schulsystem inklusive Strukturen zu etablieren, das Verständnis einer inklusiven Kultur zu schaffen, sowie inklusive Strukturen in den Schulen zu verankern.

Ein wichtiger Schlüssel, um das Bildungssystem weniger anfällig für finanzielle Unterschiede der Kinder zu machen, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern. Einkommensarmut stellt das größte Entwicklungsrisiko für Kinder dar und betrifft insbesondere Alleinerziehende. Unser Ziel ist es, die bis auf wenige Ausnahmen gute Betreuungsplatzsituation im Kreis zu halten und darauf zu achten, dass die betreffenden Kommunen die Betreuungsplätze bedarfsgerecht ausbauen - sowohl in der Qualität wie auch der Quantität. Dazu gehört auch der „offene Ganzttag“ an den Schulen, für dessen Qualität wir an den kreiseigenen Schulen sorgen wollen. Von einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf profitieren zudem nicht nur finanziell benachteiligte Familien, sondern insbesondere auch Frauen, die nach einer Erziehungsphase wieder in den Beruf einsteigen wollen.

Darüber hinaus legen wir einen besonderen Wert auf die Übergänge Kindertagesstätte – Grundschule, Grundschule – SEK-I und SEK-I – Berufsschule, die wir gemeinsam barrierearm gestalten und verbessern wollen. Beim Übergang KiTa – Grundschule helfen einheitliche Bildungsdokumentationen, Förderkonzeptionen der Kindertageseinrichtungen mit individuellen Schuleingangsdiagnostiken der Grundschulen im Sozialraum abzugleichen und aufeinander abzustimmen. Hier ist der Kreis weiterhin gefordert, kooperative Arbeitsweisen zu entwickeln und zu erproben. Dabei ist stets im Sinne der Inklusion darauf zu achten, gemeinsame Teilhabe zu ermöglichen. Zusätzlich stehen wir deutlich hinter dem Ziel und zentralen Projekt des Kreisentwicklungsplans, präventive Sozialpolitik besser mit den frühen Hilfen zu vernetzen und jugendliche Migrantinnen und Migranten gezielt beim Übergang Schule – Beruf zu begleiten.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kreis Warendorf sichern, um insbesondere Kindern aus wirtschaftlich benachteiligten Familien Chancengerechtigkeit zu garantieren.*
- *die schulische Inklusion vorantreiben. Für uns gilt: Wer Inklusion will, findet Wege. Wer sie nicht will, findet Gründe dagegen.*

Kreiseigene Schulen im Sekundarbereich 1: Förderschulen

Im SEK-I Bereich ist der Kreis Schulträger von zwei Förderschulen. Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz ermöglicht es, die förderschulpädagogische Expertise neu bereitzustellen. Für den Kreis Warendorf spielt die Zukunft der Förderschulen daher eine zentrale Rolle bei der konkreten Umsetzung der schulischen Inklusion.

Bisher war förderpädagogisches Handeln nur reaktiv möglich. Förderbedarfe mussten sich zu sonderpädagogischen Förderbedarfen verfestigt haben. Im Rahmen eines Etikettierungsprozesses konnte dann die förderschulpädagogische Ressource zur Verfügung gestellt werden. Nunmehr ist es möglich, im Rahmen von Prävention proaktiv zu handeln, um so die Entstehung von sonderpädagogischen Förderbedarfen zu verhindern. Hier bleibt der Schulträger gefordert, bei der Entwicklung und Umsetzung neuer didaktisch-methodischer Prinzipien mitzuarbeiten.

Über das Bildungsbüro hat der Kreis hier Gestaltungsmöglichkeiten. Regelschullehrkräfte und Förderschullehrkräfte sollten ihre Ressourcen bündeln, um gemeinsam in heterogenen Klassen zu unterrichten. Über das Bildungsbüro kann der Kreis diese Ansätze in die Breite tragen. Gemeinsam mit den vom Land gestellten Inklusionskoordi-

nator*innen und den zukünftig vom Land gestellten Inklusionsberater*innen kann so auf Kreisebene eine inklusiv ausgerichtete regionale Bildungslandschaft entwickelt und etabliert werden. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird diesen Prozess aktiv unterstützen.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Bündelung von Ressourcen der Regelschullehrkräfte und Förderschullehrkräfte über das Kreisbildungsbüro anstoßen und koordinieren.*
- *die Arbeit der vom Land gestellten Inklusionskoordinator*innen und -berater*innen, wo es uns möglich ist, aktiv unterstützen.*

Kreiseigene Schulen im Sekundarbereich 2: Berufskollegs

Der Kreis Warendorf ist Schulträger von drei Berufskollegs. Diese bieten heute ein differenziertes Bildungsangebot an, welches zahlreiche Übergangsmöglichkeiten bietet, um höherwertige Bildungsabschlüsse zu erlangen. Darüber hinaus ist es gelungen, duale Studienangebote anzubieten. Diese Studienangebote sind sukzessiv im Dialog mit der örtlichen Wirtschaft auszubauen. So kann es gelingen, für den Kreis Warendorf qualifiziertes Personal zu binden und so eine Antwort zu geben auf die zukünftige, demografische Entwicklung und den damit drohenden Fachkräftemangel. Hierbei sehen wir die optimale Umsetzung der von der rot-grünen Landesregierung initiierten Programme zum Übergang Schule/Beruf und die regionalen Bildungsbüros als Motoren für die Einbindung der Berufskollegs zusammen mit Hochschulen, Betrieben und Weiterbildungseinrichtungen in ein System eines regionalen Bildungsnetzwerks mit Angeboten der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens.

In der letzten Wahlperiode forderte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Ausbau der Schulsozialarbeit gerade auch an den Berufskollegs. Hier hat der Kreis nach unseren Vorstellungen gehandelt. Wir fordern hier die Entwicklung, Vernetzung und Abstimmung von Angeboten der Jugendhilfe auf Kreis- bzw. Kommunalebene.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Studienangebote im Kreis im Dialog mit der örtlichen Wirtschaft ausbauen.*
- *mit Hilfe der Landesprogramme zum Übergang Schule/Beruf und den regionalen Bildungsbüros ein regionales Bildungsnetzwerk im Sinne des lebenslangen Lernens etablieren.*

Kooperation mit Fachhochschulen und Hochschulen

Im Kreis Warendorf gibt es drei Studienorte (Ahlen, Beckum und Oelde) mit über 80 Studierenden. Durch Förderung von Kooperationen mit den Fachhochschulen in den Nachbarkreisen wird so dem Fachkräftemangel im Kreis entgegen gewirkt. Dieses Engagement wollen wir in Zukunft verstärken und insbesondere die Arbeit des Hochschul-Kompetenz-Zentrums ausbauen. Durch Einbindung der Studierenden im Kreis Warendorf besteht die Möglichkeit, den Kreis Warendorf auch für zukünftige Fachkräfte attraktiv zu halten.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *Hochqualifizierte stärker in den Kreis Warendorf einbinden*
- *Kooperationsmöglichkeiten mit benachbarten FHs intensivieren*

Angebote des Kommunalen Integrationszentrums stärken unsere Schulen

Mit dem Zuschlag für das von der rot-grünen Landesregierung geförderte „Kommunale Integrationszentrums“ (KIZ) an den Kreis Warendorf wurde eine wichtige grüne Kernforderung vom Kreis erkannt und erfüllt. Das KIZ mit Sitz in Ahlen unterstützt die interkulturelle Kompetenz von Lehrerinnen und Lehrern bei ihrer Arbeit in der Schule, aber auch bei der wichtigen Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen. Damit wird nicht nur die Chancengerechtigkeit für benachteiligte Kinder und Jugendliche erhöht, sondern auch ein tolerantes Miteinander in unseren Schulen im Kreis gefördert.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Arbeit des KIZ intensiv verfolgen.*
- *dafür werben, dass mehr Schulen im Kreis die wertvolle Expertise der Pädagoginnen und Pädagogen des KIZ nutzen.*

FAMILIENFREUNDLICHKEIT & LEBENSQUALITÄT

Inklusion als Querschnittsaufgabe

Im Jahr 2009 wurde in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte für Menschen mit Behinderungen unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung wurde ein Paradigmenwechsel initiiert. Es geht um ein gesellschaftliches Umdenken, um den Zielen der Konvention gerecht zu werden. Mit der Unterzeichnung haben wir uns verpflichtet, gesellschaftliche Strukturen inklusiv zu entwickeln. Sie sind so zu gestalten, dass eine gleichberechtigte Teilhabe von vornherein möglich ist. Nicht nur Wege und Gebäude, sondern auch Institutionen, sowie

die Sozialgesetzgebung und Kommunikationswege sind anzupassen. Vieles ist nur auf Bundesebene zu erreichen. Grundsätzlich stellt das Thema Inklusion auch für den Kreis Warendorf eine große Herausforderung dar.

Wir Grüne gehen von einem erweiterten Inklusionsbegriff aus. Damit sind nicht nur Menschen mit Handicaps gemeint, sondern alle Menschen, die im Alltag Ausgrenzungen erleben müssen. Die UN-Konvention legt grundsätzlich fest, dass es um die Würde des Menschen, seine Autonomie und die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, geht.

Für den Kreis bedeutet dies, dass Steuerungsprozesse so umgestaltet werden müssen, dass eine gleichberechtigte Teilhabe für Alle ermöglicht wird. Wenn wir aber über Teilhabe sprechen und diese ermöglichen wollen, dann gilt das nicht nur für Kinder und Jugendliche mit zusätzlichen Bedarfen, sondern für alle, die bisher ausgeschlossen sind. Es geht uns im Bereich Bildung unter anderem auch um Kinder von Migrantinnen und Migranten und auch um Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Familien.

Wir sehen Inklusion als Querschnittsaufgabe, die sich in nahezu allen Bereichen der Kreispolitik wiederfindet und auch in unserem Programm an zahlreichen Stellen angesprochen wird.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *für ein Verständnis von Inklusion als Querschnittsaufgabe werben und die inklusive Idee, die mehr ist als die „Integration von Menschen mit Behinderung“, den Bürgerinnen und Bürgern näher bringen.*
- *zahlreiche Einzelmaßnahmen in den einzelnen Fachbereichen, wie der schulischen Inklusion und der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt voranbringen.*

Die Gesellschaft zusammenhalten – Grüne Sozialpolitik

Auch im Kreis Warendorf ist die verschärfte Spaltung zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft spürbar und sichtbar. Inzwischen verfügen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland, während die ärmere Hälfte lediglich ein Prozent des Vermögens besitzt. Kommunalpolitik kann diese Schere nicht schließen, aber sie kann die dramatischen Folgen der Armut zumindest abmildern.

Grüne Sozialpolitik orientiert sich an unserem breiten Inklusionsbegriff. Wir gehen davon aus, dass erst durch eine Politik von Gerechtigkeit, Chancengleichheit und spezieller Zielgruppenförderung alle Bürgerinnen und Bürger ihre Stärken entfalten können. Sozialpolitik ist somit gesamtgesellschaftliche Politik und kein Politikansatz nur für das „untere Drit-

tel“ der Bevölkerung im Kreis Warendorf. Dabei muss und kann nicht alles zentral von der Kommune organisiert werden. Wir Grüne setzen deshalb stark auf Subsidiarität und aktive Bürgerinnen und Bürger statt auf eine zentralistische Kreisverwaltung. Neben dem Kreis und den Kommunen des Kreises übernehmen dabei freie Träger, Initiativen von Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen, ebenso wie engagierte Bürgerinnen und Bürger viele wichtige und wertvolle Aufgaben.

Unser sozialpolitischer Ansatz lässt es nicht zu, sozialpolitische Institutionen im Kreis ausbluten zu lassen. So ist beispielsweise die Schuldner*innenberatung im Kreis Warendorf personell unterbesetzt, so dass immer noch mit langen Wartezeiten zu rechnen ist. Hier muss eine kurzfristige Abhilfe geschaffen werden, um den Menschen eine feste Perspektive zu geben. Auch die zwei selbstverwalteten Frauenberatungsstellen im Kreis Warendorf leisten eine wertvolle Arbeit. Diese Beratungsstellen sind chronisch unterbesetzt und bedürfen einer bedarfsgerechten Unterstützung durch den Kreis Warendorf.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *Sozialpolitik am Subsidiaritätsprinzip ausrichten und ganzheitlich im Sinne unseren breiten Inklusionsbegriffes angehen.*
- *die wichtigen sozialen Initiativen im Kreis, wie die selbstverwalteten Frauenberatungsstellen, dort unterstützen, wo es notwendig ist.*

Frauen – und Gleichstellungspolitik

Die gerechte Teilhabe von Frauen und Männern an allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben ist das Ziel grüner Politik. Wir wollen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass im Alltagsleben Bildung, Arbeit und Versorgung gleichermaßen zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden kann.

Das wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind, zeigt sich z.B. daran, dass in den Führungspositionen der Kreisverwaltung Frauen noch deutlich unterrepräsentiert sind. Das wollen wir ändern. Die Kreisverwaltung soll Vorbild für alle anderen Betriebe im Kreis Warendorf sein. Durch gezielte Fördermaßnahmen und familienfreundlichere Rahmenbedingungen für die Beschäftigung soll sie ihren Beitrag zu mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern leisten.

Frauenpolitik beginnt jedoch bereits mit starker Mädchenpolitik. Rollenklischees und Diskriminierungen wollen wir bereits im jüngsten Alter aufbrechen.

Wir Grüne wissen, wovon wir reden: Wir besetzen unsere Vorstände und Kandidat*innenlisten quotiert mit mindestens 50 Prozent Frauen, wir setzen uns über bestehende Rol-

lenklischees hinweg und wir nutzen in unseren Texte und Reden eine geschlechtergerechte Sprache. Für uns gilt, dass bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen der verschiedenen Geschlechter von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden und dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *gezielte Frauenförderungsmaßnahmen für Führungskräfte etablieren und familienfreundlichere Arbeitsbedingungen in der Kreisverwaltung schaffen.*
- *Klischees und männerdominierte Räume schon in der Jugendarbeit aufbrechen.*

Dem demographischen Wandel bedarfsgerecht begegnen

Die zukünftige und laufende Veränderung der Altersstruktur in unserem Kreis stellt uns bereits heute vor große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Auf der einen Seite müssen wir unsere Bildungs- und Jugendarbeit auf einen geringeren Jugendanteil der der Bevölkerung einstellen, auf der anderen Seiten müssen wir der immer größer werdenden Zahl von alten Menschen Unterstützung bieten.

Der Großteil der Menschen will auch im Alter möglichst selbstständig zu Hause leben oder eine selbstbestimmte gemeinschaftliche Wohnform in Anspruch nehmen ohne auf eine gesicherte Pflege oder Unterstützung verzichten zu müssen. Gleiches gilt für Menschen mit Behinderung.

Zur Teilhabe gehört auch Beteiligung. Deshalb wollen wir neue Beteiligungsformen initiieren, um die Menschen vor Ort an der Gestaltung der Angebote und ihres Wohnumfeldes besser zu beteiligen. Neue zusätzliche Wohn- und Unterstützungsangebote für pflegebedürftige und ältere Menschen sollen verstärkt im normalen Wohnungsbau vorgehalten werden, z.B. als Haus- und Wohngemeinschaften mit pflegerischer Versorgung, Mehrgenerationenwohnen oder „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung. Für die Umsetzung solcher Maßnahmen möchten wir bei den zuständigen Kommunen werben.

Bei der Pflege sollen die Wünsche und Bedarfe der Betroffenen im Mittelpunkt stehen und nicht das wirtschaftliche Interesse von Trägern und Investoren, die weiterhin auf Großeinrichtungen setzen. Wir wollen weg von einem weiteren Ausbau von Groß- und Sondereinrichtungen, hin zu quartierbezogenen Wohn- und Pflegeangeboten. Wir treten ein für einen bedarfsgerechten Ausbau der Tages- wie auch Nachtpflege. Das Angebot an Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Demenz und pflegende Angehörige wollen wir weiter stärken und wo notwendig weiter ausbauen.

Mit einer Initiative für einen „Masterplan Quartier“ wollen wir erreichen, dass die Menschen

auch bei Pflege und Unterstützung in ihrem gewohnten Quartier wohnen bleiben und selbstbestimmt leben können. Kommunale Sozial-, Bauland- und Wohnungspolitik müssen auch bei der Schaffung von Wohn- und Pflegeangeboten im Alter wie für Menschen mit Handicap Hand in Hand arbeiten. Auch hier wollen wir die Anstrengungen der einzelnen Kommunen im Kreis bündeln und unterstützen. Dafür bieten sich auch Kooperationen von Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern und Betroffeneninitiativen an. Wir wollen erreichen, dass sich auch bestehende Großeinrichtungen zum Quartier hin öffnen, und entsprechend umgestalten. Wir wollen die Träger im Kreis, vor allem aber auch die vielen Beschäftigten, die eine engagierte Arbeit in der Pflege leisten, für diesen Wandel in die Zukunft gewinnen.

Für einen Verbleib im Quartier ist auch die Sicherung der Nahversorgung in Form von Geschäften für den alltäglichen Einkauf, haushaltsnahe Dienstleistungen, die Gesundheitsversorgung sowie soziale Angebote von großer Bedeutung. Deshalb setzen wir uns auch für eine Kooperation und Zusammenarbeit von gemeinnützigen und öffentlichen Trägern sozialer Arbeit, Initiativen in den Orten und Ortsteilen, Akteurinnen und Akteure des Gesundheitswesens und der Wohnungswirtschaft ein, um dieses Ziel zu erreichen.

Das Wohnumfeld und die Wohnungen müssen barrierefrei gestaltet werden. Eine möglichst große Barrierefreiheit im Wohnquartier, im Verkehrsbereich und in den Bussen ist auch für Familien von großem Nutzen. Hier haben wir in den nächsten Jahren noch eine große Aufgabe vor uns, dies schrittweise umzusetzen. Eine gemeinsame hierauf abgestimmte Sozial-, Wohn- und Kreisplanung ist nötig.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- bestehende Pflegegroßeinrichtungen gegenüber Quartierskonzepten öffnen und die Entwicklung weiterer Quartiere begleiten.
- Nahversorgung und Mobilität auch in den kleineren Ortsteilen und Orten des Kreises sichern und so die heimischen Quartiere auch im Alter lebenswert halten.

Queer auf dem Lande

Wir Grüne im Kreis Warendorf wollen eine Gesellschaft, die durch Toleranz und Akzeptanz gekennzeichnet ist. Wir wollen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Intersexuelle keine Diskriminierungen erleben. Wir wollen erreichen, dass die Vielfalt unseres Kreises anerkannt, sichtbar gemacht und befördert wird. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Intersexuelle stellen keine Randgruppe dar, sondern sind ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft. Auch wenn sie im Kreis Warendorf weniger sichtbar sind, als in großstädtischen

Ballungsräumen – LSBTI gehören zur Lebensrealität in unserem Kreis! Wir Grüne sehen es daher als Aufgabe von Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem LSBTI offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Queer als Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik mit zu denken. Als einen ersten Schritt möchten wir ein gezieltes Beratungsangebot im Kreis etablieren und die Zusammenarbeit mit bestehenden Initiativen und Netzwerken suchen.

In den nächsten sechs Jahren wollen wir deshalb

- LSBTI im Kreis politisch sichtbar machen und die Sorgen und Bedürfnisse von LSBTI im Kreis Warendorf ansprechen.
- ein Beratungsangebot für LSBTI im Kreis etablieren.

Musik, Kultur und Museumslandschaft

Der Kreis Warendorf ist ein kulturelles Schwergewicht. Zuletzt konnten die anonymen Warendorfer Künstler oder Künstlerinnen mit dem Synonym Lolek & Bolek durch ihre Guerilla-Art-Aktion „Freiheitsmelder“ auch in bundesweiten Medien Aufsehen erregen und damit wertvolles Marketing für die Warendorfer Kunstszene betreiben. Doch nicht nur die Kunstszene, auch unsere Museumslandschaft, sowie die kreiseigene Musikschule müssen sich nicht verstecken.

Deswegen bleibt der Kreis Warendorf, wenn es nach uns Grünen geht, verlässlicher Finanzier der Musikschule Beckum-Warendorf, damit diese die musikalische Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und Senioren aufrecht erhalten kann. Auf sozial verträgliche Gebührenstrukturen wollen wir dabei achten. Für Kinder aus armutsgefährdeten und armen Familien sollen Musikinstrumente kostenlos bereit gestellt werden. Der Kreis Warendorf organisiert die Kooperation zwischen Schulen im Offenen und Gebundenen Ganztage, damit musikalische Angebote durch die Musikschule Beckum-Warendorf dort umgesetzt werden können.

Den Kreiskunstverein möchten wir ermutigen, im Museum Abtei Liesborn den Besucherinnen und Besuchern Horizonte in der Auseinandersetzung mit Gegenwartskunst zu eröffnen. Eine Ausstellung auch überregional bedeutender Künstler soll so ermöglicht werden. Beim Museum „Religio“ unterstützt der Kreis Warendorf die bereits erfolgte Öffnung vom „Westfälischen Heimat- und Krippenmuseum“ hin zu einer Stätte der Auseinandersetzung über grundlegende religiöse und anthropologische Fragen, z. B. in Form von interreligiösen Foren. Das Haus Nottbeck hat, bedingt durch seine geografische Lage, Schwierigkeiten mit der Besucherakzeptanz. Hier wollen wir Verbesserungen erreichen. Haus Nottbeck

soll bei der Vermittlung von Kultur, Literatur und Musik von Kreisseite unterstützt werden. Band-Workshops für Jugendliche, auszulobende Preise für junge Musik und Literatur könnten die Attraktivität und den Besuch des Hauses verbessern. Neue Formate, die das Gesamtangebot erweitern, sind denkbar, wie etwa klassisches Freilichttheater. Hier könnte ein Pilotprojekt zielführend sein.

Im Kreis Warendorf leben und arbeiten eine Vielzahl kulturschaffender Frauen. Sie arbeiten in den unterschiedlichsten Sparten, alleine oder in Gruppen und Verbänden und sind häufig Initiatorinnen von Projekten. Bei städtischen Ausstellungen und der Vergabe von Preisen werden sie allerdings seltener als Männer bedacht. Deshalb fordern wir, dass auch bei der Künstler*innenförderung Frauenförderung verstärkt eine Rolle spielt.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die hohe Qualität unser Kunst-, Musik-, Kultur- und Museumsangebote aufrechterhalten und ausbauen.*
- *die durch Lorek & Bolek hervorgerufene Chance, dem Kreis Warendorf ein bundesweites kulturelles Profil zu geben, aufgreifen und die Idee der Freiheitsmelder als Symbol künstlerisch-kultureller und auch gesellschaftlicher Freiheit im Kreis Warendorf etablieren.*

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Für uns Grüne bedeutet Demokratie im Kreis Warendorf mehr als der Gang zur Urne. Wir wollen allen Menschen im Kreis Warendorf die Möglichkeit geben, sich aktiv in das politische Geschehen einzubringen. Dazu gehört es für uns, die Entscheidungsfindung nachvollziehbar und transparent zu gestalten, die Bürgerinnen und Bürger schon frühzeitig einzubinden und die Hürden zur Beteiligung möglichst niedrig zu halten.

Deshalb begrüßen wir das zunehmende Engagement von Bürgerinitiativen im Kreis Warendorf ausdrücklich, auch wenn wir in den Sachfragen nicht immer mit den Antragstellerinnen und Antragstellern übereinstimmen. Die verschiedenen Bürgerentscheide in den letzten Jahren sind Ausdruck einer lebendigen demokratischen Gesellschaft!

Auch der Entstehungsprozess des Kreisentwicklungsprogramms mit seinen Expertenrunden, der Bürgerbefragung und weiteren Beteiligungselementen war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben diese Form der Beteiligung grundsätzlich begrüßt, aber auch Zweifel, z.B. an der Form der Bürgerbefragung geäußert. Zudem darf dieser Prozess nicht einmalig bleiben. Wir wollen, dass der Kreis offene Beteiligungsformen auch in seiner alltäglichen Arbeit anwendet. Leider sind wir davon noch weit entfernt. Selbst unsere kleins-

ten Versuche die demokratische Kultur im Kreistag zu verbessern, wie die Einführung einer debattenfreundlicheren Sitzordnung, waren in der letzten Legislaturperiode chancenlos.

Auch im Bereich der Transparenz hat der Kreis Warendorf Aufholbedarf. Nur, wenn alle Bürgerinnen und Bürger auch Zugang zu den wichtigen politischen Informationen erhalten, können sie sich wirklich beteiligen. Deswegen fordern wir Grüne die Bereitstellung von relevanten Verwaltungsinformationen in einem Open Data Portal. Darüber hinaus wollen wir, dass die Kreistagssitzungen live im Internet übertragen, sowie Aufzeichnungen bereit gestellt werden. So können wir auch in einem Flächenkreis und mit arbeitnehmerunfreundlichen Sitzungszeiten sicherstellen, dass alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Kreistagspolitik verfolgen, bewerten und sich ggf. einmischen können.

Darüber hinaus wollen wir das „Beweg Was“-Projekt, das auch in verschiedenen Kommunen im Kreis Warendorf bereits erfolgreich läuft, auch im Kreistag etablieren. Durch das „Beweg Was“-Projekt erhalten Schülerinnen und Schüler Einblick in die Ratsarbeit durch persönliche Paten aus den Kreistagsfraktionen.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *eine Transparenzoffensive mit einem Open Data-Portal und Übertragungen von Kreistagssitzungen starten.*
- *die demokratische Kultur im Kreistag durch eine bürger*innenfreundlichere Geschäftsordnung und eine andere Diskussionskultur verbessern und gleichzeitig weitere Elemente der Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung auf den Weg bringen.*

Das Ehrenamt stärken

Die Gestaltung des Kreises Warendorf ist nicht alleine Resultat politischer Prozesse im engeren Sinne. Unser Kreis wird geprägt von dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Sei es in Sportvereinen, Bürgerzentren, in Heimatvereinen oder auf ganz anderem Wege: Das Ehrenamt bildet das Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens in unserem Kreis. Ein Beispiel ist die Senior*inneninitiative Anti Rost, die Menschen bei handwerklichen Anfragen unbürokratisch hilft.

Die Akademie Ehrenamt e. V. ist in den letzten Jahren zu einem kreisweit organisierten Träger geworden, der mit allen Kommunen verbunden ist und das Ehrenamt fördert. Wir Grüne stehen für eine enge Zusammenarbeit des Kreises mit der Akademie Ehrenamt, um die besonders gute und landesweit anerkannte Arbeit dieser Initiative auch finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir den Anstoß geben für eine noch bessere Vernetzung der ehrenamtlichen Strukturen, z.B. über eine kreisweite Ehrenamtsbörse. Insbesondere

im kulturellen Bereich sehen wir großes Potenzial. Als einen Ansatz wollen wir ein Kreis-Kulturregister mit Veranstaltungs-, Galerie und Museenüberblick ins Leben rufen.

So ist jeder neue Bürgerbus im Kreis wünschenswert und eine Bereicherung – darf aber nicht zum Anlass genommen werden, das kreiseigene Angebot zurückzufahren.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *das Engagement der Akademie Ehrenamt unterstützen und eigene Akzente einbringen.*
- *die Abgrenzung des Ehrenamtes zu kreiseigenen Aufgaben stärker thematisieren und kritisch diskutieren.*

Humane Flüchtlingspolitik verwirklichen

Wenn Menschen aus verschiedensten Gründen, wie Krieg, politischer Verfolgung oder Armut und Hunger, gezwungen sind, ihre Heimat und oft auch ihr soziales Umfeld zu verlassen, um in Deutschland und der europäischen Union eine Perspektive zu finden, dann möchten wir diese Menschen begrüßen und unterstützen. Wir beobachten die gesamtdeutsche Debatte um Zuwanderung, die mit rassistischen Vorurteilen und Parolen wie „Wer betrügt, der fliegt!“ angefeuert wird, mit größter Besorgnis. Im Kreis Warendorf möchten wir daher unseren Teil zu einer besseren Willkommenskultur beitragen.

So soll die Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde für ausländische Erwerbstätige, Arbeitslose, Selbstständige und Flüchtlinge umgebaut werden. Das braucht eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine stärkere Service- und Kundenorientierung, sowie eine Infrastruktur, die die Wertschätzung der Vielfalt durch Migration deutlich macht. Wir wollen, dass die Behörde ihren Ermessenspielraum für die Anerkennung im Sinne der Flüchtlinge voll nutzt und Flüchtlingen im Kreis einen menschenwürdigen Umgang garantiert. Wir wollen die Flüchtlingsberatung im Kreis ausbauen und die Zusammenarbeit mit Initiativen im Kreis, die sich für Flüchtlinge einsetzen, stärken.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die lokalen Flüchtlingsinitiativen in ihrer Arbeit unterstützen, wo wir es können.*
- *alle Spielräume für die Anerkennung von Flüchtlingen nutzen und so jede Abschiebung verhindern, die wir verhindern können.*

Integration weiter entwickeln

Im Sinne unseres erweiterten Inklusionsbegriffes wollen wir Grüne im Kreis Warendorf eine Überprüfung und Weiterentwicklung des 2010 verabschiedeten Integrationsplanes für den

Kreis Warendorf hin zu einen langfristigen weiter gefassten Inklusionsplan. Darin wollen wir besonders die Teilhabe von Migrant*innen mit und ohne kommunalem Wahlrecht stärken. Ein Integrationsrat und eine Inklusionsbeauftragte oder ein Inklusionsbeauftragter müssen fester Bestandteil von Kreistag und Kreisverwaltung sein.

In diesem Sinne wollen wir auch weiterhin eine stärkere Öffnung der Kreisverwaltung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, sowie die interkulturelle Handlungsfähigkeit der Kreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter sicherstellen. Zwar bietet die Kreisverwaltung Angebote zur Förderung der interkulturellen Kompetenz an, allerdings sind diese Angebote bisher nicht verpflichtend. Gerade in sensiblen Bereichen wie der Ausländerbehörde sehen wir Grüne die Wahrnehmung solcher Angebote als selbstverständlich an.

Die von uns gewünschte Willkommensbehörde soll zukünftig auch Anlaufstelle für ausländische Unternehmen und qualifizierte ausländische Arbeitnehmer*innen werden, die sich im Kreis Warendorf niederlassen wollen und somit zum Wohlstand aller Menschen beitragen. Diese neue Willkommenskultur soll im Sinne der gelebten Vielfalt ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Markenzeichen des Kreises werden.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- **die Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde umstrukturieren.**
- **den Kreisintegrationsplan zu einem weiter gefassten Inklusionsplan entwickeln.**

Aktiv gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Zu einer demokratischen und emanzipierten Gesellschaft gehört für uns Grüne die Gleichberechtigung aller gesellschaftlichen Gruppen. Wir kämpfen seit jeher gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere jede Form von Rassismus. Aktives Vorgehen gegen Rechtsextremismus ist Teil unseres Demokratieverständnisses in einer wehrhaften Demokratie.

Deswegen möchten wir die Bündnisse, die sich in den Kommunen des Kreises gegen Rechtsextreme vor Ort gegründet haben, auch weiterhin unterstützen. Denn trotz des wichtigen Engagements gegen Rechtsextreme ist die Lage in vielen Kommunen des Kreises weiterhin besorgniserregend. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die rot-grüne Landesregierung die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt eingerichtet hat und sich auf den Weg gemacht hat, um ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, das auch die Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus unterstützen soll.

Darüber hinaus fordern wir aber weiterhin ein ganzheitliches und kreisweites Konzept ge-

gen Rechts, eine aktive Vernetzung der einzelnen Initiativen und eine engere Zusammenarbeit mit der mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die verschiedenen Bündnisse und Initiativen gegen Rechtsextremismus im Kreis Warendorf mit allen Kräften unterstützen.*
- *ein kreisweites Konzept gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickeln.*

UMWELT- & KLIMASCHUTZ

Klimaschutz als themenübergreifender Komplex

Für Grüne hat die Aufrechterhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen obersten Stellenwert. Nach dem Motto „Umwelt ist nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts“ betrachten wir Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe über zahlreiche Themenfelder. Dieser enorm hohe Stellenwert spiegelt sich auch in unserem Kreistagswahlprogramm an zahlreichen Stellen wieder. Insbesondere unsere Idee eines Amtes für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, das wir ebenso als Wirtschaftsförderungsmaßnahme, wie als Klimaschutzinitiative sehen, verdeutlicht die Tiefe der Verzahnung der zunächst verschiedenen Bereiche. Wir Grüne im Kreis Warendorf stehen seit jeher für ein gesellschaftliches Umdenken und klimapolitische Initiativen, wie die Teilnahme am “European Energy Award“, das sich heute zu einem Erfolgsmodell für den Kreis Warendorf entwickelt hat.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *der Motor für das klima- und umweltpolitische Engagement des Kreis Warendorfs sein.*
- *die Querschnittsaufgabe Klimaschutz in ihren jeweiligen Fachbereichen nach Vorne bringen und zur obersten Priorität machen.*

Nein zu Fracking und damit nein zu unkonventioneller Erdgasförderung

Wir Grüne im Kreis Warendorf lehnen die Förderung von unkonventionellem Erdgas und damit das Fracking ab. Mit Hilfe des Frackings werden Erdgase, die in tiefliegenden Gesteinsschichten gelagert sind, freigesetzt. Um diese Gase aus den Gesteinsschichten zu lösen, werden Bohrungen in die tiefliegenden Gesteinsschichten niedergebracht. Mit Hilfe von unterirdischen Sprengungen wird das Gestein aufgebrochen. Zur Stabilisierung der Hohlräume werden in die entstandenen Risse und Hohlräume ein Gemisch aus Wasser, hochgif-

tigen Chemikalien und Sand gepresst.

Das Verfahren des Fracking ist mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Das nach dem Frack-Vorgang an die Oberfläche gespülte Lagerstättenwasser ist mit Salzen, Schwermetallen und radioaktiven Elementen belastet. Die hochgiftigen Chemikalien mischen sich mit dem Tiefenwasser, werden langfristig an die Oberfläche steigen und sich mit dem Trinkwasser vermischen. Die freigesetzten Gase können unkontrolliert an die Oberfläche gelangen und ebenfalls das Trinkwasser verseuchen. Aus der verantwortungsvollen Bewertung dieser Risiken ergibt sich das Verbot, diese Technik des Fracking einzusetzen.

Wir wissen, dass die Einflussmöglichkeiten des Kreises Warendorf bei der Verhinderung des Frackings äußerst begrenzt sind. Die zentralen Weichen werden auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene gestellt, auf denen wir ebenfalls eine engagierte Politik gegen die Gefahren des Frackings betreiben. Dennoch wollen wir auch im Kreistag Zeichen gegen diese risikobeladene Technologie setzen!

In den nächsten sechs Jahren werden wir deshalb

- *weiter mit der BIGG, der Bürgerinitiative gegen Gasbohrungen e.V. zusammenarbeiten.*
- *im Kreistag eine Resolution gegen unkonventionelle Gasbohrungen einbringen, wie sie z.B. auch vom Stadtrat Drensteinfurt verabschiedet wurde.*

Grüne Mobilität – umweltverträglich, barrierefrei und sozial

Ein entscheidender Sektor im Kampf gegen den Klimawandel ist die Mobilität. So werden etwa 45% der CO₂-Emissionen im Kreis Warendorf im Verkehrssektor emittiert. Unsere verkehrspolitischen Ziele beschränken sich aber nicht nur auf die CO₂-Bilanz: Mobil zu sein bedeutet am öffentlichen Leben teilhaben zu können. Mobil zu sein bedeutet auch, sich frei bewegen zu können, um unterschiedliche Zwecke wie Einkaufen, Bildung, Arbeit oder Freizeit an unterschiedlichen Orten zu erfüllen.

Unsere Verkehrspolitik richtet sich daran aus, allen Menschen im Kreis Warendorf eine hohe Mobilität zu ermöglichen. Wir haben uns in einer Gesellschaft eingerichtet, in der fast jeder fast ständig unterwegs ist. Auch Güter und Waren des täglichen Bedarfs müssen im Kreis Warendorf vielfach und möglichst reibungslos transportiert werden. Dabei steht die Mobilität in einem hohen Spannungsfeld mit der menschlichen Lebensqualität. Auf der einen Seite bewirkt Mobilität eine größtmögliche Bewegungsfreiheit, auf der anderen Seite ist sie verantwortlich für die Einschränkung von Lebensqualität durch Lärm, Platzbedarf, Emissionen und Unfallgefährdung. Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, barrierefrei und sozial ist.

Das bedeutet Verkehrsvermeidung, aber auch die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehre und eine Stärkung des Umweltverbunds aus Bahn-, Bus-, Rad- und Fußverkehr. Für den Individualverkehr bedeutet das: Weg vom Öl, hin zu regenerativen Antrieben und zu Elektromobilität. Damit einher geht die Reduzierung der negativen Folgen des motorisierten Verkehrs wie Lärm, Luftverschmutzung und Unfallgefährdung.

Für eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen sind wirksame und innovative Konzepte notwendig. Wir streben deswegen ein Transport- und Logistikkonzept für eine umwelt- und stadtverträgliche Abwicklung der Güterverkehre an. Zudem unterstützen wir eine wohnortnahe Versorgung beim Einzelhandel, sowie bei Dienstleistungen und wollen den Lieferverkehr durch Lieferkooperationen, Lastenfahrräder und Elektrotransporter umweltfreundlicher gestalten. Durch die bessere Vermarktung regionaler Produkte wollen wir den Transport von Gütern des täglichen Verbrauchs über weite Strecken reduzieren. Zur Förderung der Elektromobilität wollen wir in Kooperation mit verschiedenen Trägern weitere Ladestationen im Kreis einrichten.

Der Berufsverkehr soll so umweltfreundlich wie möglich gestaltet werden. Das bedeutet Attraktiveren des Radverkehrs auch auf mittleren Distanzen und gleichzeitig eine verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehre. Hierzu gehört die Entwicklung eines regionalen Verkehrsprogramms mit den umliegenden Kommunen.

Wir setzen auf neue Mobilitätsangebote, die eine Kombiutzung der verschiedenen Verkehrsträger auf einer Strecke ermöglichen. Das Ziel ist die Schaffung von integrierten Mobilitätsketten ohne Brüche. Wir wollen Radverkehrsnetze mit regionalen Radschnellwegen für E-Bikes und Pedelecs umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, die Innenstädte vor allem der größeren Städte im Kreis für den öffentlichen Raum zurückzugewinnen. Dazu gehören möglichst autofreie Innenstädte und die konsequente Bewirtschaftung des Parkraums, wo es finanziell darstellbar ist.

Wir wollen Car-Sharing fördern und dafür zum Beispiel die verschiedenen Stadtwerke des Kreises als Partner gewinnen. Damit einhergehend werden mehr Car-Sharing-Parkflächen im öffentlichen Straßenraum ausgewiesen. Auch die Idee, den kreiseigenen Fuhrpark für Car-Sharing anzubieten, wollen wir prüfen.

Ca. 1300 Menschen werden pro Jahr im Kreis Warendorf bei Verkehrsunfällen verletzt, ca. 20 Menschen sterben pro Jahr auf den Straßen unseres Kreises. Wir verfolgen die „Vision Zero“ als Leitbild der Verkehrssicherheitspolitik. Dabei sollen z.B. unsere Straßen so gestaltet werden, dass Risikofaktoren wie überhöhte Geschwindigkeiten oder neuralgische Kreuzungen gemindert werden.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- **Verkehr im Kreis Warendorf vermeiden, wo er vermeidbar ist.**
- **durch attraktive Alternativen im ÖPNV und durch Radschnellwege Individualverkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umlenken.**

Den öffentlichen Nahverkehr verbessern

Das Problem einer flächendeckenden umweltfreundlichen Mobilität liegt im Wesentlichen im Zugang zu den Verkehrsträgern. Da, wo kein Bus, keine Bahn und kein Sammeltaxi fährt, kann der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) vom Bürger auch nicht genutzt werden. Dabei ist uns klar, dass in einem Flächenkreis wie dem Kreis Warendorf nicht überall Busse in einer hohen Taktfrequenz und Bedienungsqualität fahren können. Einen ÖPNV mit Halt an jeder kleinen Bauernschaft wird es aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht geben können.

Dennoch gibt im Kreis Warendorf noch viele Entwicklungspotenziale für einen verbesserten ÖPNV. Dabei sind eine verbesserte Verknüpfung von Bahnen und Bussen vor allem in Ahlen, Neubeckum, Oelde, Warendorf, Telgte und Drensteinfurt zu nennen. Busse sollen Zubringerdienste für den schienengebundenen ÖPNV leisten und damit die Fläche für die Schiene als Rückgrat des ÖPNV erschließen. Die WLE-Strecke mit den Haltepunkten Sendenhorst und Albersloh soll schnellstmöglich für den Personenverkehr reaktiviert werden. Die Fortführung der Zugstrecke bis Beckum und die Verknüpfung mit Fernverkehrszielen in Neubeckum ist ebenfalls unser Ziel. Auf der Schienenstrecke zwischen Münster und Warendorf sollen baldmöglichst der Haltepunkt Müssingen und ein Halbstundentakt realisiert werden. Der Kreis als Aufgabenträger des ÖPNV benötigt dabei die finanzielle Unterstützung des Landes für die Förderung neuer und zusätzlicher Fahrzeuge und Schienenstrecken. Hier begrüßen wir die ambitionierten Ziele des Kreisentwicklungsprogrammes ausdrücklich, die auch die Bündelung und Beseitigung von nicht technisch gesicherten Bahnübergängen an dieser Strecke vorsehen.

Für viele Buskorridore ist eine Ausdehnung der Betriebszeiten in den Abendstunden und am Wochenende zu prüfen und umzusetzen. In den Wochenendnächten soll jede Kommune im Kreis an das Nachtbusssystem mit Verbindungen auch außerhalb des Kreises vor allem an das Oberzentrum Münster angeschlossen sein.

Bei der Neuanschaffung von Linienbussen sollen dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend nur die emissionsärmsten Fahrzeuge angeschafft werden, was auch Elektroantrieb bedeuten kann. Der Busverkehr soll z. B. durch neue Busspuren oder Ampelvorrangschaltungen beschleunigt werden. Die Haltestellen werden barrierefrei ausgestaltet. Die

Mitnahme von Fahrrädern wird durch entsprechende Vorrichtungen und bei ausgewählten Strecken auch durch Anhänger an den Bussen erleichtert.

Darüber hinaus fordern wir die Einführung eines Sozialtickets. Auf Dauer jedoch sollen Schülerfreizeitticket, Senienticket, Sozialticket, Semesterticket und ähnliche Zielgruppen-Angebote und -Konzepte zu einem Bürger- und Familienticket für Jung und Alt zusammengefasst werden. Dadurch soll jeder einen preisgünstigen Zugang zum ÖPNV erhalten. Damit wollen wir Grüne im Kreis Warendorf ein stetig zunehmendes Umsteigen vom Individualverkehr auf den ÖPNV und ein erweitertes und verdichtetes Angebot in der Fläche erreichen. Eine Vermarktungsoffensive soll die Idee vermitteln, dass jeder seinen Solidarbeitrag zur umweltverträglichen Mobilität in der Region leisten kann, indem er ein Münsterland-Bürgerticket erwirbt.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *unser Bus- und schienengebundenes Verkehrsnetz ausbauen und insbesondere die Übergänge von Zug zu Bus unproblematischer gestalten.*
- *ein Sozialticket für den Kreis Warendorf einführen und so den ersten Schritt zu einem Münsterland-Bürgerticket gehen.*

Straßennetz: Erhalt vor Neubau

Neue Verkehrsinfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr soll durch den Kreis weder finanziell unterstützt noch politisch gefordert werden. Die demografische Entwicklung mit der Abnahme der Bevölkerung, der zusätzliche Flächenbedarf und die Klima- und Energieproblematik machen deutlich, dass zusätzliche Straßen nicht mehr verantwortbar sind. Zusätzlich sprechen auch finanzpolitische Gründe gegen den Bau weiterer Straßen im Kreis. Schon die Unterhaltung der bestehenden Straßennetze wird eine schwierige Zukunftsaufgabe sein, wie der teilweise marode Zustand der Kreisstraßen verdeutlicht. Neue Umgehungsstraßen verschlingen zunehmend die Instandhaltungsmittel für die bestehenden Straßen und produzieren schon heute die Schlaglöcher der Zukunft. Darüber hinaus führt die Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Straßen zu steigenden Pachten, Nahrungs- und Futtermittelpreisen, gefährdet die bäuerliche Landwirtschaft und hat schlussendlich auch durch Landgrabbing eine globale Perspektive. Für uns gilt daher im Kreis, wie auch in Bund und Land: Erhalt vor Neubau!

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *auch die Verkehrspolitik des Kreises auf das Prinzip Erhalt vor Neubau ausrichten.*
- *unsinnige Straßenbauprojekte, wie die B64n zugunsten ihrer Alternativen verhindern.*

FMO-Engagement begrenzen

Der Kreis Warendorf ist zu geringen Anteilen Miteigentümer des Flughafens Münster-Osnabrück (FMO). Die Grünen im Kreis Warendorf haben den Ausbau zu einem Interkontinental-Flughafen durch eine Verlängerung der Start- und Landebahn immer abgelehnt. Fliegen ist die bei Weitem umweltschädlichste Form der Mobilität, da durch die Verbrennung von Kerosin riesige Mengen an CO₂ in großer Höhe emittiert werden. Das trägt zur Zerstörung der Ozonschicht und Erwärmung des Erdklimas bei. Die öffentliche Hand, konkret der Kreis Warendorf, darf den Ausbau dieser Form der Mobilität nicht zusätzlich subventionieren. Allein der Ausbau der Zubringerstraßen hat Millionen Euro verschlungen. Die ständige Suche des Flughafens nach Rentabilität - die Fluggastzahlen sind in den letzten Jahren gefallen! - und neuen Flugverbindungen mit Billigfliegern konterkariert sämtliche Klimaschutzziele. Sie zeigt außerdem, dass schon die Nachfrage nach Flügen in alle europäischen Hauptstädte nicht ausreicht, als dass die Fluglinien-Betreiber ein entsprechendes Angebot bereitstellten. Zuschusszahlungen des Kreises an den FMO fehlen dringend in anderen Bereichen, z. B. auch in der Angebotsverbesserung umweltfreundlicher Mobilität.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *dass der Kreis Warendorf sein finanzielles Engagement für den Flughafen Münster-Osnabrück auf die Anforderungen der Grundversorgung beschränkt*
- *dass der Kreis Warendorf in den Ausbau ökologisch sinnvoller Verkehrsinfrastruktur investiert.*

Nahmobilität verbessern

Wir setzen auf den Umweltverbund von Fuß-, Rad- und Öffentlichem Nahverkehr. Wir wollen Mobilität für alle, das heißt ein verlässliches, barrierefreies und bezahlbares Angebot des öffentlichen Verkehrs und mehr Platz für den emissionsfreien und gesunden Fuß- und Radverkehr. Wir wollen Radfahren komfortabler und attraktiver machen. Mit einer Entflechtung von Rad- und Gehwegen sollen dauerhafte Konflikte entschärft werden. Radwege sollen ausgebaut und saniert werden.

Moderne Tourenräder, Pedelecs und E-Bikes ermöglichen höhere Geschwindigkeiten im Radverkehr und größere Distanzen. Dafür braucht der Radverkehr mehr Platz und bessere Wege. Über mittlere Distanzen bis 20 km bietet sich die Einrichtung bzw. der Bau von Radschnellwegen an. An die Schnittstellen zum öffentlichen Verkehr gehören moderne und sichere Fahrrad-Abstellanlagen. Die Ampelschaltungen sollen so weit optimiert wer-

den, dass Radfahrer nicht benachteiligt werden und Radfahrer und Fußgänger gefahrlos die Kreuzungen queren können.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs im Kreis erhöhen.*
- *einen besonderen Schwerpunkt auf die Einrichtung von Radschnellwegen und sicheren Fahrrad-Abstellanlagen legen.*

Unsere Lebensgrundlage schützen

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und die Grundlage für fast alle Nahrungsmittel. Die Reinheit unseres Trinkwassers hat damit höchste Priorität. Daher legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Grundwasserschutz. Sensible Schutzgebiete und Gebiete, in denen Wasser zur Trinkwassergewinnung genutzt wird, bedürfen einer besonderen Fürsorge. Wir wollen die hohe Qualität der Wasserversorgung sichern. Wir Grüne wollen, dass der Kreis als untere Wasserbehörde seine Aufgabe ernst nimmt. Handlungsgrundlage ist die Europäische Wasserrahmenrichtlinie.

Darüber hinaus soll bei allen Baumaßnahmen zukünftig die Flächenversiegelung und das Grundwassermanagement gesondert berücksichtigt werden. Zum Teil ist das Grundwasser durch industrielle Einleitung und durch industrielle Landwirtschaft gefährdet. Wir können es nicht akzeptieren, dass ein Grundlebensmittel der Bevölkerung durch die Wirtschaftsinteressen Einzelner gefährdet wird.

Auch saubere Luft muss selbstverständlich sein. Das gilt auch für die Bereiche, die durch die Emissionen aus der Massentierhaltung belastet werden. Hier möchten wir, dass der Kreis alle gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung einsetzt.

Auch der Artenschutz hat immer eine lokale Dimension. Das, was die Jägerschaft beim jagdbaren Niederwild als schwache Population beklagt und die Imker*innen beim Rückgang der Bienenpopulation beklagen, findet auch bei den Vögeln, Insekten und bei den Wildkräutern statt. Die radikale Abnahme der Artenvielfalt hat sicherlich viele Ursachen. Der Einsatz von Herbiziden und Insektiziden ist in Verbindung mit einem großflächigen Ackerbau ohne Rückzugsgebiete für Flora und Fauna einer der Hauptgründe. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, einen ökologischen Landbau zu fördern und den Raubbau an der Natur zu ahnden. Die Partnerschaft von Mensch und Natur sichert eine natürliche Lebensvielfalt und formt für uns Grüne das Bild der Heimat. Die Natur begleitet uns im täglichen Leben. Sie bietet uns Lebensraum und ist gleichzeitig unsere Lebensversicherung. Umwelt- und Naturschutz im Kreis Warendorf sind ohne die Tätigkeit der Umwelt- und Naturschutzverbände undenkbar.

Wir Grüne wollen ihre Arbeitsmöglichkeiten im Kreis unterstützen und sichern.

Auch die Tierheime im Kreis Warendorf gehören zur Infrastruktur unserer Gesellschaft. Wir fordern die präventive Wahrnehmung der Aufsichtspflicht des Kreises für die Tierheime ein. Wenn die Trägervereine aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage sein sollten, diese Aufgabe zu bewältigen, muss der Kreis Abhilfe schaffen.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *die Kontrollfunktion des Kreises beim Luft- und Wasserschutz ernst nehmen.*
- *die Arbeit der Umwelt- und Naturschutzverbände unterstützen und sichern.*

Vorbildfunktion bei der Abfallwirtschaft übernehmen

Die Abfallentsorgung ist im Kreis der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) mit Sitz in Ennigerloh übertragen worden. Die AWG erledigt den Wirtschaftsteil ihrer Aufgabe hervorragend. Die Abfallvermeidung, der schwierigste Teil des Abfallproblems, ist hingegen nicht ausreichend ausgeprägt. Hier erwarten wir Grüne im Kreis Warendorf mehr Engagement und bessere Zahlen. Wir fordern von der AWG Initiativen zur Intensivierung der Abfallvermeidung. Denn vermiedener Abfall entlastet die Umwelt und die Geldbörsen der Menschen im Kreis Warendorf. Die AWG muss sich Zug um Zug von einer Abfallwirtschaftsgesellschaft in Richtung auf eine Abfallvermeidungsgesellschaft entwickeln. Grundsätzlich setzen wir uns für eine Neuausrichtung der Abfall- und damit Ressourcenpolitik ein, die auch durch einen neuen Abfallwirtschaftsplan im Land NRW begleitet wird.

Konkrete Handlungsansätze wie Umweltbildung und -aufklärung liegen uns dabei besonders am Herzen. Deshalb soll es in den Kindertagesstätten und Schulen ein Angebot zur Umweltbildung geben und in der praktischen Umsetzung Gebührenanreize für die Abfallvermeidung und das Getrenntsammeln.

In den nächsten sechs Jahren möchten wir deshalb

- *Initiativen zur Intensivierung der Abfallvermeidung bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft einfordern*
- *Umweltbildung und -aufklärung schon in den Kindertagesstätten und Schulen etablieren.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Warendorf
Oststraße 12
48231 Warendorf
geschaeftsstelle@gruene-kreis-warendorf.de
Telefon: 025 81/81 98
Fax: 0 25 81/82 65

